



ZVR-Nummer 0456 47 044

Newsletter Nr. 2 - 2015

Liebe Guatemala-Freund\_innen,

wieder einmal melden wir uns aus Guatemala. Zur Zeit überschlagen sich fast jeden Tag die Ereignisse, nachdem Mitte April von der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG ein enormer Korruptionsskandal der Steuerbehörde aufgedeckt wurde. Inzwischen sind noch andere Korruptionsskandale bekannt geworden: die Anwaltskanzlei der Straflosigkeit und die Korruption in der guatemaltekischen Sozialkasse. Neben der Vizepräsidentin mussten mehrere Minister zurücktreten, darunter auch der Innenminister. Einige der Drahtzieher der Korruption sind weiterhin flüchtig. Bisher ist nicht abzuschätzen, welche Folgen die Aufdeckung dieser Skandale und die dadurch ausgelösten Demonstrationen von tausenden Bürger\_innen unterschiedlichster Bevölkerungsschichten nach sich ziehen werden... Es besteht die Möglichkeit, dass der Präsident zurücktreten wird und dass es keine Wahlen im September geben wird.

Trotz der politischen Krise zeigt der Staat weiterhin sein repressives Gesicht, um Protest gegen Megaprojekte zu unterdrücken. Im Norden Huehuetenangos sind inzwischen mehrere führende Gemeindemitglieder verhaftet, zahlreiche trauen sich auf Grund von Haftbefehlen nicht mehr in die Öffentlichkeit. Bei den Räumungen der Wegblockade in Sotzil zeigt sich, wie der Staat sich in den Dienst von Unternehmen stellt, in diesem Fall ein Wasserkraftwerk, das durch Nichteinhaltung von Versprechungen den Konflikt mit der anliegenden Gemeinde selbst verursacht hat.

Auch die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit sieht düster aus. Führende Justizbeamt\_innen im Genozidprozess sind zu Opfern der Rufschädigung und Kriminalisierung geworden.

Ein kleiner Lichtblick ist zumindest die Veröffentlichung des Buches des Jesuitenpriesters Ricardo Falla, der uns in einem Interview erläutert, dass er in diesem Moment mehr Möglichkeiten sieht, seine Erlebnisse und Reflektionen zum Widerstand der Bauern und der Guerilla zu veröffentlichen.

Das Team der Guatemala Solidarität

## **Veranstaltungsankündigungen**

Wochenendseminar für Guatemala-Interessierte

wann: 13. Juni, 10-17 Uhr

wo: Südwind Agentur, Laudongasse 40, 1080 Wien

Um Anmeldung unter guatesoli@gmx.at wird gebeten.

---

### **Nach Korruptionsskandal Zukunft der Regierung Otto Pérez Molina ungewiss**

Das letzte Jahr der Regierung Otto Pérez Molinas wird seit April von einem Korruptionsskandal nach dem nächsten überschattet, der bis in die höchsten Regierungskreise reicht. Das Ausmaß des Skandals der Steuerbehörde hat den Präsidenten dazu gezwungen, seine ablehnende Haltung gegenüber der Verlängerung des Mandats der CICIG zu revidieren. Die Vizepräsidentin Roxana Baldetti trat knapp drei Wochen nach dem Skandal zurück. Die politische Krise und Empörung unterschiedlichster Sektoren der Bevölkerung über das Ausmaß der Korruption sind unübersehbar.

Mitte April deckte die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG die Machenschaften des illegalen Netzwerkes „La Linea“ in der Steuerbehörde SAT auf. Mehr als 20 Personen müssen sich vor Gericht verantworten. Das Netzwerk nahm geschätzt alle zwei Wochen bis zu 300.000 US\$ ein, indem es Unternehmen am Zoll „behilflich“ war, der Besteuerung zu entgehen. Der Drahtzieher, Juan Carlos Monzón Rojas, derzeit flüchtig, war Privatsekretär der Vizepräsidentin Roxana Baldetti. In zahlreichen abgehörten Telefongesprächen ist von „der zweiten“, „der Dame“, die Rede, womit sich der Verdacht verdichtet, dass Roxana Baldetti beteiligt war. Baldetti wird auch mit der derzeit in den USA wegen Drogenhandel vor Gericht gestellten „Königin des Südens“, der Guatemaltekin Marllory Chacón Rossell, in Verbindung gebracht.

Es ist äußerst aussagekräftig, dass in den Fall "La Lina" Francisco Javier Ortiz Arriaga, [„Teniente Jerez“](#), und [Luis Mendizábal](#) verwickelt sind. Ortiz gehörte zum 1996 teilweise aufgelösten illegalen Netzwerk „Red Moreno“, bestehend aus Militär und Regierungsbeamten, das ebenfalls am Zoll operierte. Durch ihn lässt sich eine direkte Verbindung zu „La Linea“ ziehen.

In dem Korruptionsskandal offenbarte sich auch die Morbidität des Justizsystems durch die „Kanzlei der Straflosigkeit“. Die für den Korruptionsskandal zuständige Richterin Richterinnen Marta Sierra de Stalling ordnete gegen Bestechungsgeld der verteidigenden Anwälte für sechs Beschuldigte Ersatzmaßnahmen an. CICIG forderte ein Enthebungsverfahren gegen die Richterin. Fünf der Anwälte, von der CICIG als „Kanzlei der Straflosigkeit“ bezeichnet, müssen sich vor Gericht verantworten.

Der derzeit flüchtige Mendizábal spielte eine Vermittlerrolle zwischen der „Kanzlei der Straflosigkeit“ und deren Klienten. Er war bereits 2009 beim Versuch

federführend, den damaligen Präsidenten Colom durch einen inszenierten Selbstmord des Anwalts Rosenberg zum Rücktritt zu bewegen.



Tausende demonstrieren in der Hauptstadt. Quelle: <http://www.soy502.com>

Als Reaktion auf die nicht abnehmenden Korruptionsskandale kam es an mehreren Wochenenden zu Demonstrationen von tausenden Bürger\_innen unterschiedlichster Schichten und Sektoren, von der konservativen Mittelklasse bis zur linken Studentenbewegung<sup>1</sup>, vor dem Präsidentenpalast und auf dem Land. Diese Demonstrationen, zu denen über die sozialen Netzwerke aufgerufen wird, halten auch nach dem Rücktritt der Vizepräsidentin an. Am 16. Mai nahmen über 60.000 Menschen teil. Das Besondere ist, dass Gesellschaftsschichten, die sich sonst skeptisch bis feindlich gegenüberstehen, gemeinsam gegen die Regierung und die Korruption demonstrieren. Der derzeitige Protest kennzeichnet sich, wie viele aktuelle soziale Bewegungen, durch kollektive Aktionen, die selbst ausgerufen (ohne Strukturen oder aufrufende Anführer\_innen), spontan (ohne vorheriges Programm oder Organisation), gleichzeitig (in mehreren Städten zur gleichen Zeit) und massenhaft sind (keine Stellvertreter\_innen, sondern Bürger\_innen, die in ihrem eigenen Namen auf die Straße gehen). Nicht nur die Bürger\_innen, auch der mächtige oligarche Wirtschaftsverband CACIF forderte

<sup>1</sup> Eine Auswahl der vielfältigen Plakate der Demonstrationen: <http://cpr-urbana.blogspot.com/2015/05/foto-reporte-16m-parte-i.html>, <http://cpr-urbana.blogspot.com/2015/05/foto-reporte-16m-parte-ii.html>.

Baldettis Rücktritt und entzog damit der Regierung seine Unterstützung.

Pérez Molina versucht seine eigene Position zu sichern, als alter Militärstrategie wird er nicht so schnell klein beigegeben, dennoch werden die Rücktrittsforderungen immer lauter.

Der neu ernannte Vizepräsident, Alejandro Maldonado Aguirre, der im Falle eines Rücktritts die Präsidentschaft übernehmen würde, lässt auf nichts Besseres hoffen: Er ist ein ultrarechter Verfassungsrichter. Er war u.a. an Urteilen beteiligt, die 2009 die Auslieferung des Ex Diktators Ríos Montt an den Spanischen Gerichtshof wegen Genozid verhinderten, und soll die Untersuchungen gegen den Militär Byron Lima im Mordfall des Bischofs Gerardi nach der Veröffentlichung des Wahrheitsberichts der katholischen Kirche verlangsamt haben.

Die Rücktritts- und Verhaftungswelle reißt nicht ab. Am 21. Mai trat der enge Vertraute Pérez Molinas, Innenminister López Bonilla, zurück, ebenso der erst vor einer Woche ernannte Bergbau- und Energieminister, sowie die Umweltminister, der Vizeminister für Sicherheit, der Sekretär für den staatlichen Geheimdienst und zwei Kontrolleure zweier Industriehäfen.

Am 20. Mai wurde gegen den Chef der guatemaltekischen Sozialkasse IGSS, Juan de Dios Rodríguez, und weitere 15 Mitarbeiter\_innen Haftbefehl erlassen. Sie sollen, gegen hohe Provisionen, Medikamente eines Pharmakonzerns übersteuert eingekauft haben. Dem Staat soll dadurch ein Schaden in Millionenhöhe entstanden sein. Unter den Festgenommenen ist auch der Chef der Zentralbank Banguat, Roberto Suárez Guerra, gleichzeitig Vizepräsident der IGSS. Diese Verhaftungen stellen für Otto Pérez Molina einen weiteren Schlag dar: Sowohl Suárez Guerra wie Rodríguez waren in den letzten zwei Jahren vom Präsidenten selbst als Chefs der beiden Institutionen ernannt worden.

Durch Baldettis Rücktritt versuchten die Regierung und ihre Alliierten einer [Institutionalitätskrise](#) zu entgehen. Der Wirtschaftverband CACIF, in dem sicherlich auch Unternehmen vertreten sind, die von der Bestechung am Zoll profitierten, versuchte sich aus der Affäre zu ziehen, indem er neben Baldettis Rücktritt auch die Untersuchung der beteiligten Unternehmen forderte. Auch die USA unterstützen die Regierung, um einen Bruch mit der Institutionalität zu verhindern, da dies ihre zentralamerikanische Allianz für den Wohlstand (*Alianza para la Prosperidad*) und den Kampf gegen den Drogenhandel verkomplizieren würde. Pérez Molina und die Militärs, die ihn unterstützen, haben ein Interesse von ihren Machenschaften abzulenken und nicht selbst belangt zu werden.

Durch den Korruptionsskandal ist die Patriotische Partei als politisches Projekt endgültig gescheitert. Doch selbst Manuel Baldizón, als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der Partei LIDER, die bei den Wahlen 2011 unterlag, kann von dem Skandal nicht profitieren. Baldizón, ein Populist, der die Todesstrafe wiederbeleben will, hat offensichtliche Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Die Demonstrationen richten sich inzwischen gegen die Korruption des gesamten Systems und damit auch gegen Baldizón. Unter ihren Forderungen

ist eine Reform des Gesetzes über politische Parteien und die Vorbereitung einer verfassunggebenden Versammlung. Ob die derzeitige politische Krise das Potenzial für strukturelle Veränderungen hat, bleibt abzuwarten.

---

## **Konflikt im Norden Huehuetenangos spitzt sich weiter zu**

Wie bereits im [letzten Newsletter](#) berichtet, hat sich die Situation im Norden Huehuetenangos, wo sich die Gemeinden im Widerstand gegen drei Wasserkraftwerksprojekte befinden, weiter zugespitzt. Acht Anführer der Widerstandsbewegung befinden sich derzeit in Untersuchungshaft (bzw. zwei davon in rechtswidriger Anhaltung), gegen zahlreiche weitere bestehen Haftbefehle, so dass diese sich nicht aus ihren Gemeinden heraustrennen, und somit nicht an öffentlichen Veranstaltungen oder Gerichtsprozessen ihrer Kollegen teilnehmen können und sich als Nebenkläger zurückziehen. Die Gemeindebewegungen haben durch die Verhaftungen ihrer Anführer einen schweren Dämpfer erlitten, der deutlich spürbar ist.



Am 24. März wurden Rigoberto Juárez und Domingo Balthasar aus Santa Eulalia, dem Norden Huehuetenangos, in der Hauptstadt festgenommen. Rigoberto Juárez aus Santa Eulalia ist bekannter Sprecher der „Plurinationalen Regierung“ (*Gobierno Plurinacional Q'anjob'al, Popti, Chuj, Akateko y Mestizo*), die einerseits Autonomie in der Region fordert, andererseits aber auch überlegt, Kandidaten für die kommenden Wahlen aufzustellen.

Rigoberto Juárez und Domingo Balthasar warten in der Gefängniszelle in Guatemala Stadt auf die Verhandlung. Quelle: J. Abbott

Rigoberto und Domingo wurden der Freiheitstentziehung, Nötigung und Bedrohungen wegen Vorfällen vom Dezember 2013 beschuldigt. In der ersten Verhandlung am 27. März - der Menschenrechtsombudsmann hatte vorab noch gemahnt, einen fairen Prozess zu garantieren - wurden zwei der drei Anschuldigungen ad acta gelegt und die beiden Anführer mit Ersatzmaßnahmen vorläufig aus der U-Haft entlassen. Doch einige Minuten später, noch im Gerichtsgebäude, wurden sie erneut festgenommen, mit einem Haftbefehl vom 25. März vom gleichen Richter, diesmal mit schwereren Vorwürfen, u.a. wegen „Entführung“ wegen der Vorfälle im vom 20. Jänner diesen Jahres in Santa Eulalia. Am 20. Jänner hatte eine aufgebrachte Menge den Richter in der Nacht zu einer

Gerichtsverhandlung genötigt, um die Freilassung von zwei am Tag zuvor festgenommen Gemeindemitgliedern zu erreichen. Mit den Anschuldigungen in diesem Fall sitzen beide seither im Gefängnis - ohne bisher vor einem Gericht zu den Anschuldigungen Stellung nehmen zu können und ohne dass formell U-Haft verhängt wurde - obwohl dies laut der guatemaltekischen Verfassung binnen 24 Stunden nach der Festnahme erfolgen muss!

Einen Monat zuvor, Ende Februar, waren bereits drei Gemeindeführer aus Barillas in U-Haft gesteckt worden. Ihnen werden von damaligen Mitarbeitern der Hidro Santa Cruz, Tochterunternehmen der spanischen Hidralía Energia, Bedrohungen, Anstiftung zu Straftaten, illegale Versammlungen und Entführung vorgeworfen. In ihrem Fall hatten im Jänner 2014 Demonstrationen von dem Gerichtssaal den zuständigen Richter dazu bewegt, Ersatzmaßnahmen anzuordnen. Diese wurden nun in der Verhandlung Ende Februar zurückgezogen, der Strafprozess ist am Laufen.



Unterschriftenaktion der Plataforma de Solidaridad con Chiapas y Guatemala de Madrid zur Befreiung von Saúl und Rogelio. Quelle: <http://presospoliticossyr.blogspot.com/es/>

Im Fall der Verurteilung in erster Instanz von Saúl Méndez und Rogelio Velásquez zu 33 Jahren Haft hat die eingelegte Berufung im Mai erreicht, dass die Hauptverhandlung, auf Grund der zahlreichen formellen Fehler während des Prozesses wiederholt werden muss. Es hat sich ein breites Komitee zur Unterstützung ihres Falls gebildet.

All diese Fälle zeigen, wie weit Kriminalisierung strategisch eingesetzt wird, um den Widerstand gegen die dort geplanten Wasserkraftwerke zu schwächen. Die Gemeindeaktivist\_innen werden oft der gleichen Delikte beschuldigt, unter anderem der „Entführung“, da es dafür laut Strafprozessrecht keine Ersatzmaßnahmen gibt, sondern automatisch Untersuchungshaft verhängt werden muss, sodass die Aktivisten jedenfalls für eine Zeitlang „außer Gefecht“ sind. Es ist außerdem auffällig, dass die Nebenkläger oft Mitarbeiter der Firmen sind, deren Gewinn und Projektumsetzung durch den Widerstand beeinträchtigt werden. Gleichzeitig offenbart sich die Schwäche des Justizsystems, einen fairen Prozess zu garantieren. Beweise sind oft widersprüchlich, Staatsanwält\_innen, Richter\_innen und Zeug\_innen werden von den Unternehmen unter Druck gesetzt. Bei ihrem Besuch im Mai 2014 sagte die Stellvertretende Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, dass Personen, die Grundrechte

verteidigen, kriminalisiert werden und sich Gerichtsprozessen stellen müssen für „unverhältnismäßige Straftatbestände im Bezug auf die angezeigten Sachverhalte, wie etwas „Widerrechtliche Vereinigung“, „Terrorismus“ oder „Entführung“, die der Logik des Kampfes gegen das Organisierte Verbrechen entsprechen und nicht einer Antwort auf die Forderungen der sozialen Bewegungen.“

---

### **Gewaltsame Räumung nach falschen Versprechungen eines Wasserkraftwerksunternehmens im Ixil**

Die zahlreichen Flüsse, die im Ixilgebiet entspringen, sind für die Unternehmen eine potenzielle Quelle „sauberer“ Energiegewinnung. Die derzeit zwischen Guatemala, Honduras, El Salvador und den USA verhandelte *Alianza para la Prosperidad* (Allianz für den Wohlstand) hat unter anderem den Export der dort erzielten Energie im Visier. Der guatemaltekische Staat hat die kolumbianische Firma TRECSA unter Vertrag genommen, um das Starkstromnetz auszubauen und so den Strom dorthin zu transportieren, wo z.B. Mineralien abgebaut werden, oder ihn zu exportieren. Es ist eindeutig, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung, mit Strom versorgt zu werden, dabei keine Priorität haben.

Zahlreiche Pläne existieren seit Jahren, in der Ixilregion größere und kleinere Wasserkraftwerke zu bauen. Sollten diese alle wirklich gebaut werden, würde wenig vom Flusslauf übrig bleiben. Die Gemeinden dagegen sind sich über die negativen Folgen sehr bewusst und organisieren sich: „Ohne Strom können wir leben, aber ohne Wasser nicht.“

Am Fluss Xacbal funktioniert seit 2010 das Wasserkraftwerk Xacbal. Mit einer Leistung von 94 Megawatt ist es das zweitgrößte Wasserkraftwerk nach Chixoy. Es liegt fest in den Händen des Unternehmens Grupo Terra der honduranischen Oligarchenfamilie Facuse. Am gleichen Fluss erteilte das Energie- und Bergbauministerium im Jahr 2010 der Firma Energia Limpia de Guatemala (Guatemalas Saubere Energie), einem Subunternehmen der Grupo Terra, die Erlaubnis, ein weiteres Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 75 MW zu bauen.

Im April kam es jedoch zu einem [Konflikt](#) zwischen den betroffenen Anwohner\_innen und besagtem Unternehmen. Im Februar 2015 hatte das Unternehmen den Familien der naheliegenden Gemeinde Sotzil, die die Zufahrtsstraße zum Gelände des geplanten Wasserkraftwerks blockierten, versprochen, jeder Familie 10.000 Q (ca. 1000 Euro) zu zahlen, wenn sie die Wegsperre räumen. Diese Vereinbarung und der Zahltag 26. April wurden in Gemeindeakten festgehalten. Die Firma konnte daraufhin ihre Bohrungsarbeiten für einen Tunnel fortsetzen. Dabei traf sie auf einen unterirdischen Fluss, der auf Grund des Drucks in einen Nebenfluss mündete, was die Firma dazu zwang, die Arbeiten vorerst einzustellen.

Als die Firma am 26. April nicht zahlte, blockierten die Gemeindemitglieder aus Sotzil erneut die Straße. Zwei Tage später im Morgengrauen wurden sie von einem Polizeiaufgebot von 35 Patrouillen gewaltsam geräumt. Vier Personen wurden verhaftet und weisen eindeutige Spuren von Schlägen auf.

Als die Polizei nach der Räumung gegen Abend ihren Rückzug antrat, blockierten andere Gemeindemitglieder am Ortseingang zur nächstgrößeren Bezirkshauptstadt, Chajul, aus Empörung über die Geschehnisse den Weg. Die Situation spitzte sich extrem zu. Das Heer schritt ein. Polizisten und Soldaten antworteten mit Tränengasbomben auf den Protest. Ein Kind wurde durch das Tränengas schwer verletzt.

Die Polizei brachte schließlich die vier Festgenommenen zum indigenen Bürgermeisteramt in die nächste Bezirkshauptstadt Nebaj. Der Bürgermeister versicherte, die Polizei nicht gerufen zu haben. Es scheint recht wahrscheinlich, dass das Unternehmen selbst die Polizei zur Räumung rief und anordnete, gezielt Menschen festzunehmen. In dieser rechtlich komplizierten Situation wurden die Festgenommenen noch am selben Abend freigelassen.

Der Bürgermeister steckt mit den Projekten unter einer Decke; er versuchte sich aus der Affäre zu ziehen und die indigene Bürgermeisterei als Institution zu diskreditieren.



Die Gemeindemitglieder äußern ihre Empörung: Wir sind es leid, dass wir mit ein paar Wellblechen abgespeist werden, während die Unternehmen Millionen mit unseren natürlichen Ressourcen scheffeln.

Vertreter der Firma Xacbal Delta schenken den Anwohner\_innen Wellblech. Quelle: <http://cmiguate.org/delta-incumple-acuerdo-con-familias-ixiles-de-sotzil/>

Die Fälle des Betrugs, mit dem die Unternehmen versuchen, ihre Projekte durchzudrücken, häufen sich in allen Regionen des Landes. Im Fall der Mine Marlin verkauften die Anlieger\_innen ihr Land unter falschen Versprechungen. Im Fall des Wasserkraftwerkes Xacbal wurde Anwohner\_innen versprochen, sie würden den Strom umsonst bekommen, wenn sie dem Wegerecht für die Starkstrommasten



zustimmen. Bisher haben sie noch keinen Strom gesehen.

Die Ixilregion ist, auch auf Grund ihrer reichhaltigen natürlichen Ressourcen (Wasser, aber auch Mineralien), eines der Gebiete, die vom Bürgerkrieg am stärksten betroffen waren. Insofern lösen das Einschreiten des Heeres und der Einsatz von Tränengas die Erinnerung an die erlebten Geschehnisse und damit ein neuerliches Trauma aus.

Die Konvergenz für Menschenrechte forderte eine unabhängige Untersuchung und verurteilte den irrationalen Einsatz der Polizeigewalt und die Bevorzugung der Gewalt statt eines Dialogs als Reaktion auf den Protest der Gemeinden. Sie bezeichnete das Verhalten der Firma Hidro Xacbal Delta als abstoßend: zu versuchen, die Gemeinden zu bestechen, um ihr Ziel zu erreichen, und dann die Vereinbarungen nicht einzuhalten und zusätzlich auf eine Art und Weise vorzugehen, die durch ihre Intervention verursachte Unfälle in Kauf nimmt.

Nur zwei Wochen vor der Räumung hatte das Verfassungsgericht den Gemeinden und dem indigenen Bürgermeisteramt von Cotzal, weitere Bezirkshauptstadt in der Ixilregion, recht gegeben, dass die betroffenen Gemeinden nicht vorher befragt und informiert wurden, als das Energie- und Berbauministerium die Aufstellung von Strommasten und Starkstromleitungen genehmigte.

---

## **Genozidfall im Stillstand - Kriminalisierung des zuständigen Staatsanwaltes**

Seit Jänner ist der Genozidprozess erneut paralysiert. Mehr als 100 Richter\_innen haben sich inzwischen für befangen erklärt, um sich nicht für die Begründung der Ablehnung einer Amnestie für Ríos Montt verantworten zu müssen, und damit schwebt das leidige Thema der Amnestie weiterhin im Raum, obwohl jegliche internationale und nationale Rechtssprechung dagegen spricht. Ein Ende dieses Phänomens ist nicht in Sicht. Zury Ríos, die Tochter Ríos Montts, hat dagegen das Medienspektakel im Jänner um den Prozess genutzt, um ihre politische Wahlkampfkampagne vorzubereiten. Als Präsidentschaftskandidatin für die Partei Viva wirbt sie auf Plakaten mit gezücktem Messer, was ihre Bereitschaft zeigen soll die Korruption auszumerzen. Ob dabei auch den Durchschnittsguatemalteken\_innen Gedanken an die Verbrechen ihres Vaters kommen, sei dahin gestellt...

Ein Phänomen rund um den Genozidprozess ist, dass die Symphatisant\_innen Ríos Montts vermehrt die geradlinigen Justizbeamt\_innen im Visier haben. Sie versuchten, die Richterin im Genozidprozess Yasmin Barrios und seit neuestem auch den zuständigen Staatsanwalt Orlando Blanco zu diskreditieren.

Doch nach fast einem Jahr entschied das Verfassungsgericht im März, dass die Ehrenkammer der Anwälte (CANG) nicht die Befugnis habe, Yasmin Barrios eine Mahnung auszustellen, und somit wurde diese endgültig zurückgezogen. Damit gab das Gericht Barrios' Einspruch statt. Die Geldstrafe und die Suspendierung der Berufsausübung waren bereits von der Anwaltskammer im April 2014, einen

Monat nach der Bekanntgabe der Sanktionierung, zurückgezogen worden, die Mahnung wurde jedoch beibehalten, die es für die Richterin als Eintrag in ihre Akte unmöglich machte, für andere Posten zu kandidieren.

Auch wurde Orlando López, der Staatsanwalt der Abteilung für Menschenrechte, der den Genozidfall bearbeitet, wegen Missbrauch öffentlicher Mittel mit an den Haaren herbeigezogenen Gründen beschuldigt und ihm daraufhin ein Ausreiseverbot erteilt. Nebenklägerin ist die für polemische Aktionen bekannte sogenannte Stiftung gegen den Terrorismus.

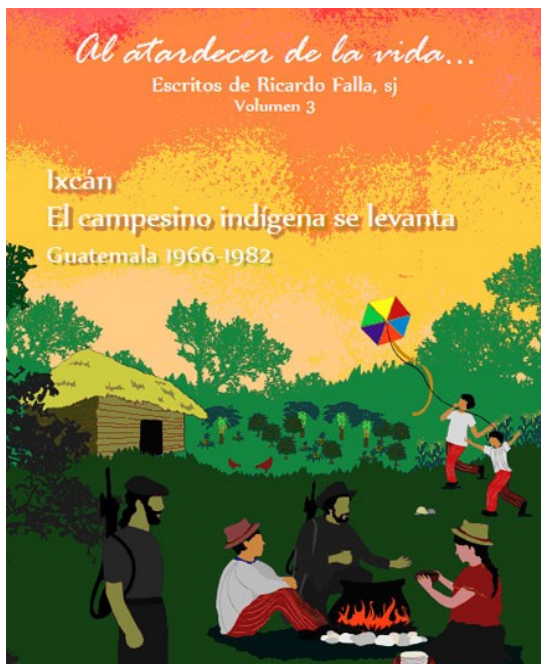
Umgekehrt wurde jedoch der Anwalt der Verteidigung von Ríos Montt, Francisco García Gudiel, vom CANG wegen Drohungen und Beleidigungen sanktioniert. Während des Genozidprozesses hatte er Yasmin Barrios aufs übelste beschimpft. Er wurde für ein Jahr suspendiert und muss eine Geldstrafe bezahlen.

Auch gegen die Untersuchungsrichterin Carol Patricia Flores, die im Genozidprozess die umstrittene Resolution veröffentlichte, dass der Fall zurückgesetzt werden müsse, besteht ein Antrag, ihr die Immunität zu entziehen, da die Richterin Anwesen besitzt, die ihre finanziellen Möglichkeiten als Staatsbeamtin übersteigen, und damit laut CICIG der Verdacht auf Bestechlichkeit und Geldwäsche bestehe.

---

### **„Es gibt eine Art Aufruhr hier in Guatemala“**

**Interview mit Jesuitenpriester Ricardo Falla zu seinem neuen Buch „Ixcán: der indigene Bauer erhebt sich, 1966-1982“, März 2015 in Santa Maria Tzejá, Ixcán**



Ricardo Falla, Jesuitenpriester und Anthropologe, der auch in Österreich Theologie studierte, lebte zwölf Jahre als Priester in den *Comunidades de Población en Resistencia* (CPR), den Gemeinden der Zivilbevölkerung im Widerstand. Ende der 80er Jahre schrieb er das Buch „*Masacres de la Selva*“ (Masaker im Urwald), einer der ersten Berichte, der versucht die Ausmaße der Bürgerkriegsverbrechen von 1976 bis 1982 systematisch zu erfassen. Jetzt veröffentlichte er den dritten Band im Rahmen des Sammelbandes „*Al atardecer de la vida* (Im Herbst des Lebens)“ unter dem Titel „*Ixcán: el campesino indígena se levanta, 1966-1982* (Ixcán: der indigene Bauer erhebt sich)“. Es ist der erste Band einer Trilogie, die sich auf den Kampf, die Massaker und den Widerstand im Ixcán und anderen

Einband von Fallas neue Buch

Quelle: <http://www.albedrio.org/htm/articulos/s/spf-024.html>

Departements konzentriert. Geschrieben zwischen 1984 und 1985, bringt dieses Buch [laut Sergio Palencia](#) eine einzigartige historische Neuigkeit mit sich: die Selbstreflektion über den Kampf des guatemaltekischen Volkes. Es thematisiert offen die Beziehung zwischen Guerilla und indigener Bevölkerung in einem Moment, in dem der Kampf gegen das militärische und Großbauern-Regime beide Gruppierungen vereinte.

*Sie haben gesagt „Wir trauten uns, dies zu publizieren“. Was bedeutet es für Sie, dieses Buch nach 30 Jahren zu veröffentlichen?*

Wie Jesus, 30 Jahre ein heimliches Leben. Ich wusste nicht, ob dies zu meinen Lebzeiten veröffentlicht werden wird, aber danach ermutigten mich Freunde, mit dem Sammelband zu beginnen, der mehrere Bände umfasst. Einige Bände reißen einen mehr mit, wie ein Zug, jedoch ohne Zweifel ist die Lokomotive vorne oder in der Mitte. In diesem Fall ist das dritte Buch die Lokomotive. Mich ermutigte auch die aktuelle politische Situation, die vielleicht etwas besser ist. Auch der Wunsch, dass Jesus zum Vorschein kommt, der sich versteckt hielt, dass er spricht. Vor der Veröffentlichung beriet ich mich mit verschiedenen Personen, die wissen, wie der Krieg hier war, und mit Vertretern der Kirche. Ich kann nicht irgendetwas machen, nur weil ich Lust dazu habe, sondern ich habe Kollegen, Vorgesetzte, ich gehöre zu einer Institution und ich möchte sehen, dass, wenn ich diesen Schritt mache, ich Rückhalt dafür habe. Ich habe die Bücher meinen Kollegen zum Lesen gegeben, um zu sehen, welcher Rückhalt vorhanden ist.

*Sie sprechen von diesem Buch und beziehen sich auf dieses folgendermaßen: „Es sucht die Wurzel und die Geschichte der Völker des Ixcán, welche in die Region wanderten und diese besiedelten, die Ketten des Großgrundbesitzes aufbrechend“. Wie kam es, dass sich diese Geschichte mit der Geschichte der Guerilla verband, die in der Region war?*

Es geschah das, was sie die „Krise der Artikulierung des Bauernstandes im Kapitalismus“ nannten. Die Krise hatte die Schwächung der Artikulierung, der Unterwerfung, der ein Bauer im kapitalistischen System unterstellt war, zum Ergebnis. Dieses Aufbrechen erlaubt ihm, eine Wahl zu treffen; diese ist der Volksaufstand und die Unterstützung eines bewaffneten Kampfes.

*Wie sehen Sie die Situation jetzt und wie sehen Sie die Zukunft? Was gibt Ihnen Hoffnung?*

Was mir Hoffnung gibt, ist nicht in die Zeitung zu schauen, denn dort erscheinen die Nachrichten von Guatemala, dem Staat und der Regierung. Was mir Hoffnung gibt, ist die Leute zu sehen, wie sie sich fortbewegen und kämpfen, um zu überleben und vorwärts zu kommen, um Verbesserungen zu erzielen. Trotz allem entwickeln sich die Gemeinden auf dem Land weiter. Ich bin noch nie nach Santa María Tzejá gekommen, aber ich sehe das Gleiche wie in Primavera del Ixcán, eine Gemeinde, die sich weiter entwickelt. Das ist eine Sache, die mir Hoffnung gibt.

Eine andere Sache: Es gibt eine Art Aufruhr hier in Guatemala, es sieht nach einem Topf aus, der kurz davor ist überzukochen. Da ist die Unzufriedenheit, einige nennen es Unregierbarkeit. Also, was niemand wissen kann, ist, wie sich das kanalisieren lässt. Aber auch die Hoffnung selber ist ein Volksaufstand, um das gleiche Wort zu benutzen, gegen das Bewusstsein, das dir sagt, dass nichts davon möglich ist. Eine Utopie ist nicht möglich, es ist immer eine Utopie, aber man läuft auf sie zu.

*Warum fand die Buchvorstellung hier in Ixcán statt und nicht in der Hauptstadt?*  
Weil es ein Buch über den Ixcán ist. Also haben wir gedacht, beginnen wir im Ixcán.

*Sie haben erwähnt, dass Sie acht bis neun Bücher in dieser Sammlung herausgeben und dass dieser dritte Band bereits seit 1985 fertig war. Sind die anderen Bücher auch schon fertig?*

Das nächste war bereits 1986 fertig mit dem Titel „Ixcán: Massaker und Überleben“. Das folgende handelt vom Widerstand, aber wir haben noch keine Namen gesetzt. Viele Bände sind fertig, aber unveröffentlicht. Es fehlt nur sie herauszugeben.